

Information zur Modernisierung des Schuldrechts

Neue Verjährungsfristen ab 01.01.2002

Am 01.01.2002 ist das Gesetz zur Modernisierung des Schuldrechts vom 26.11.2001 (Bundesgesetzblatt 2001 Teil I, Seite 3138 ff) in Kraft getreten.

Die Schuldrechtsmodernisierung ist erfreulich, da sie das Schuldrecht in der Anwendung wesentlich vereinfacht und übersichtlicher macht.

Die Verjährungsfristen wurden völlig neu geregelt:

1. Begriff der Verjährung

Die Verjährung gibt dem Schuldner das Recht, nach Ablauf bestimmter Fristen die Leistung zu verweigern. Durch die Verjährung soll der Schuldner vor veralteten Ansprüchen,

- mit denen er nicht mehr rechnet,
- bei denen er nach längerem Zeitverlauf in Beweisnot geraten kann, weil er die entsprechenden Unterlagen nicht mehr in Besitz hat, und
- bei denen er in seiner Dispositionsfreiheit eingeschränkt ist, weil er Rücklagen für Risiken aus früheren Geschäften aufrecht erhalten muß,

geschützt werden. Die Verjährung dient damit auch dem Rechtsfrieden.

2. Regelmäßige Verjährungsfrist

Die regelmäßige Verjährungsfrist, die nach § 195 BGB a.F. (alte Fassung) 30 Jahre betrug, wurde durch § 195 BGB n.F. (neue Fassung) auf **drei Jahre** verkürzt.

3. Grundstücksrechte

Ansprüche auf Übertragung des Eigentums an einem Grundstück sowie auf Vornahme einer Verfügung über ein Grundstücksrecht, sowie die Ansprüche auf die Gegenleistung verjähren nach § 196 BGB n.F. in **zehn Jahren**.

4. Herausgabeansprüche, familien- und erbrechtliche Ansprüche, rechtskräftig festgestellte Ansprüche

Herausgabeansprüche aus Eigentum und anderen dinglichen Rechten, familienrechtliche Ansprüche, erbrechtliche Ansprüche, rechtskräftig durch Gerichte festgestellte Ansprüche, Ansprüche aus vollstreckbaren Vergleichen oder vollstreckbaren Urkunden verjähren wie bisher in **30 Jahren** (§ 197 Abs.1 BGB n.F.).

5. Kaufpreisforderungen, Werk- und Dienstlohnforderungen, sonstige Vergütungsansprüche

Nach altem Recht verjährten die Ansprüche des Verkäufers auf Bezahlung des Kaufpreises für gelieferte Waren und die Ansprüche des Handwerkers auf Bezahlung des Werklohns für ausgeführte Arbeiten nach zwei Jahren, sofern die Lieferung oder die Leistung an Privatleute erfolgte. Erfolgte die Lieferung oder die Leistung für den Gewerbebetrieb des Schuldners - also von Unternehmen zu Unternehmen - galt die Verjährungsfrist von vier Jahren (§ 196 Abs. 1 Nr. 1 BGB a.F.). Ebenso verjährten Lohn- und Gehaltsansprüche (§ 196 Abs.1 Nrn. 8 und 9 BGB a.F.) und Ansprüche von Ärzten, Rechtsanwälten, Notaren, Architekten, in zwei Jahren (§ 196 Abs. 1 Nrn. 14, 15, 7 a.F.).

Alle derartigen Ansprüche verjähren jetzt einheitlich nach **drei Jahren** (§ 195 BGB n.F.).

6. Gewährleistungsansprüche

- Kaufvertrag

Nach **altem Recht** verjährten die Gewährleistungsansprüche aus einem Kaufvertrag - Ansprüche auf Wandelung (Rückabwicklung des Kaufvertrages), Minderung oder Schadensersatz wegen Mängeln der Kaufsache oder wegen Fehlens einer zugesicherten Eigenschaft - bei beweglichen Sachen in sechs Monaten von der Ablieferung, und bei Grundstücken in einem Jahr von der Übergabe an. Bei arglistigem Verschweigen eines Mangels betrug die Gewährleistungsfrist 30 Jahre (§ 477 BGB a.F.).

Nach **neuem Recht** verjähren die Mängelansprüche des Käufers **grundsätzlich** in **zwei Jahren** ab Ablieferung der Sache, jedoch in

fünf Jahren bei dem Kauf eines **Bauwerks** oder bei einer Sache, die entsprechend ihrer üblichen Verwendungsweise für ein Bauwerk verwendet wurde und dessen Mangelhaftigkeit verursacht hat (§ 438 Abs. 1 BGB n.F.).

Wenn der Mangel in einem dinglichen Recht eines Dritten, aufgrund dessen Herausgabe der Kaufsache verlangt werden kann, oder in einem sonstigen Recht, das im Grundbuch eingetragen ist, besteht, verjähren die Mängelansprüche nach **30 Jahren** (§ 438 Abs.1 BGB n.F.).

Bei arglistigem Verschweigen eines Mangels beträgt die Verjährungsfrist weiterhin **30 Jahre** (§ 438 Abs. 3 BGB n.F.).

- **Werkvertrag**

Im Werkvertragsrecht verjähren nach **altem Recht** die Ansprüche des Bestellers auf Mängelbeseitigung sowie auf Wandelung, Minderung und Schadensersatz in sechs Monaten, bei Arbeiten an einem Grundstück in einem Jahr, bei Bauwerken in fünf Jahren ab der Abnahme des Werkes.

Bei arglistigem Verschweigen eines Mangels galt die Verjährungsfrist von 30 Jahren (§ 638 BGB a.F.)

Nach **neuem Recht** verjähren die Ansprüche des Bestellers bei Mängeln des Werkes

- in **zwei Jahren** bei einem Werk, dessen Erfolg in der Herstellung, Wartung oder Veränderung einer Sache oder in der Erbringung von Planungs- oder Überwachungsleistungen hierfür besteht,
- in **fünf Jahren** bei einem Bauwerk und einem Werk, dessen Erfolg in der Erbringung von Planungs- oder Überwachungsleistungen hierfür besteht, und
- im übrigen in der regelmäßigen Verjährungsfrist (**drei Jahre**).

Bei arglistigem Verschweigen eines Mangels gilt wie bisher die 30jährige Verjährungsfrist (§ 634 a Abs.1 und 2 BGB n.F.).

7. **Beginn der Verjährung**

- **Regelmäßige Verjährungsfrist**

Nach § 198 BGB a.F. begann die Verjährung regelmäßig mit der Entstehung des Anspruches. Bei der "kurzen Verjährung" der oben unter

Ziffer 5 genannten verschiedenen Ansprüche, die nach § 196 BGB a.F. in zwei Jahren - bzw. in vier Jahren gegenüber gewerblichen Unternehmen - verjährten, begann die Verjährung mit dem Schluß des Jahres, in dem der Anspruch entstanden war. Die Verjährung begann stets unabhängig davon zu laufen, ob der Gläubiger Kenntnis vom Entstehen des Anspruchs hatte.

Nach neuem Recht (§ 199 Abs.1 BGB n.F.) beginnt die regelmäßige Verjährungsfrist mit dem Schluß des Jahres, in dem der Anspruch entstanden ist **und** der Gläubiger von den den Anspruch begründenden Umständen und der Person des Schuldners **Kenntnis erlangt oder ohne grobe Fahrlässigkeit erlangen mußte**.

Der Begriff "Entstehung des Anspruches" ist gleichbedeutend mit dessen Fälligkeit.

Ohne Rücksicht auf die Entstehung und auf die Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis von Schadensersatzansprüchen, die auf der Verletzung des Lebens, des Körpers, der Gesundheit oder der Freiheit beruhen, tritt die Verjährung in 30 Jahren von der Begehung der Handlung, der Pflichtverletzung oder dem sonstigen Ereignis an, das den Schaden ausgelöst hat, ein (§ 199 Abs. 2 BGB n.F.). Sonstige Ansprüche verjähren ohne Rücksicht auf Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis in zehn Jahren von ihrer Entstehung an, und ohne Rücksicht auf ihre Entstehung in 30 Jahren von dem Ereignis an, das den Schaden ausgelöst hat, wobei die früher endende Frist maßgeblich ist.

- **Sonstige Verjährungsfristen**

Die Verjährungsfrist von Ansprüchen, die nicht der regelmäßigen Verjährungsfrist von drei Jahren (§ 195 BGB n.F.) unterliegen, beginnt nach § 200 BGB n.F. mit der Entstehung des Anspruchs, soweit nicht durch spezielle Regelung ein anderer Verjährungsbeginn bestimmt ist.